

Medienmitteilung

Parolen zu den Eidgenössischen Volksabstimmungen vom 25. September 2016

BDP Kanton Solothurn sagt einmal JA und zweimal NEIN

Der Vorstand der BDP Kanton Solothurn hat an seiner Sitzung vom 6. September 2016, die Parolen zur Eidgenössischen Volksabstimmung vom 25. September gefasst. Die Solothurner BDP sagt JA zum Bundesgesetz über den Nachrichtendienst (Nachrichtendienstgesetz / NDG) und NEIN zu den beiden Volksinitiativen „Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)“ und „AHVplus: für eine starke AHV“.

JA zum Nachrichtendienstgesetz (NDG):

Die BDP Kanton Solothurn sagt einstimmig JA zum NDG. Die erhöhten Anforderungen an den Nachrichtendienst des Bundes (NDB), machen eine Anpassung an die verschärfte Bedrohungslage der Schweiz nötig. Die Mittel und erweiterten Kompetenzen welche dem Nachrichtendienst des Bundes (NDB) zur Verfügung gestellt werden, werden im Bundesgesetz über den Nachrichtendienst (NDG) durch die Stärkung der Rechte der Bürgerinnen und Bürger, verstärkte Aufsicht und strengeren Genehmigungsverfahren ausgeglichen.

NEIN zur Grünen Wirtschaft:

Die BDP Kanton Solothurn lehnt die Initiative einstimmig ab. Sie fordert massive strukturell einschneidende Massnahmen, welche die Wettbewerbsfähigkeit, das Wachstum und die Beschäftigung in unserem Land negativ beeinflussen würden. Die Initiative will zu viel in zu kurzer Zeit und wäre auf internationaler Ebene ein Alleingang, der nicht sinnvoll wäre. Die BDP Kanton Solothurn unterstützt jedoch das Kernanliegen der Initiative und wird weiterhin vernünftige Anstrengungen zum nachhaltigen Umgang mit Ressourcen unterstützen.

NEIN zur AHVplus-Initiative:

Die BDP Kanton Solothurn lehnt auch diese Initiative einstimmig ab. Die Initiative stellt die AHV vor unlösbare Finanzierungsprobleme. Eine Erhöhung der Renten, wie sie die Initiative vorsieht, würde es im Vergleich zu den geringen Mehreinnahmen erschweren die Finanzierungslücke der AHV zu schliessen. Weiter würden rund zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger, welche auf Ergänzungsleistungen zur AHV angewiesen sind, wegen Kürzungen der Ergänzungsleistungen keinen Vorteil aus der Initiative ziehen und rund 7 Prozent der Ergänzungsleistungsbezüger würden durch tiefere Renten benachteiligt. Die BDP Kanton Solothurn will eine nachhaltige Altersvorsorge auch für die künftigen Generationen und setzt sich für faire und ausgewogene Reformen ein.

Auskunft:

Markus Dietschi, Präsident BDP Kanton Solothurn, 079 673 93 78

Christian van den Broeke, Vizepräsident BDP Kanton Solothurn 079 344 24 63

08.09.2016